

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Verantwortlicher: Emil Gähren Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Belegspres
vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Wucher! — Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg. (Schluß.) — Wichtige Beschlüsse vom Würzburger Parteitag. (Schluß.) — Breslauer Sozialpolitik im Zeichen der Neuorientierung. — Kriegsbriefe. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Totenliste des Verbandes.

Wucher!

Schon kurze Zeit nach Beginn des Krieges wurden die Mägen laut über Wucher. Auf allen Gebieten machte er sich breit. Erzeuger und Händler wetteiferten darin. Die Not der anderen wurde für die Warenbesitzer das niedrig benutzte Mittel, sich schnell und gründlich zu bereichern. Die moralische Verurteilung des habgierigen Gebarens prallte an der barten Wauer entfesselter Gewinnsucht wirkungslos ab.

Zunmer dringender wurden die Forderungen nach gesetzlichen Schutz. Der Wucherparagraph verhinderte nicht ein fortgesetzt frecheres Auftreten der Ventejäger. Verordnungen über Höchstpreise, Beschlagnahme von Waren, Meldepflichten usw., alles erwies sich als ergebnislos. Das Wettlaufen nach Profit, nach mißeloser Bereicherung hatte begonnen; es gab kein Halten mehr. Wucher und Krieg waren ja auch stets Begleiterscheinungen. Es gibt kein Mittel, den Wucher während der Kriegszeit vollständig zu bannen. Wir erfahren ja, daß er um so üppiger gedeiht, je länger der Krieg dauert, obwohl mit verschärften Strafandrohungen usw. nicht gespart wird.

Am Wucher offenbart sich das tiefere Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Ihre Grundlage ist die aus der Arbeit entspringende Gewinnmacherei, das heißt, der Aneignung eines Teils der Erträge der werktätigen Arbeit durch das Kapital. Diese Aneignung hat verschiedene Wege. Sie erfolgt unmittelbar, indem den Arbeitern nur ein Teil ihres Arbeitsvertrages in Form von Lohn ausgezahlt wird. Die mittelbare Aneignung besteht darin, daß die Warenbesitzer die Preise in die Höhe treiben, so ihren Gewinn vergrößern, die Kaufkraft des Geldes herabziehen. Der Anteil vom Arbeitsverträge, den der Arbeiter mit seinem Lohne zurückkaufen kann, wird kleiner. Die Verhältnisse am Arbeits- und Warenmarkt sind entscheidend für die Schärfe, mit der die beiden Mittel der Gewinnmacherei wirksam werden.

Ist das Angebot am Arbeitsmarkt größer als die Nachfrage, dann übt das stärkere Angebot gar leicht einen scharfen Druck auf die Löhne aus; andererseits bewirkt eine große Nachfrage am Arbeitsmarkt eine Steigerung des allgemeinen Lohnniveaus. In ähnlicher Weise beeinflusst Angebot und Nachfrage am Warenmarkt die Gestaltung der Preise. Ist die zur Verfügung stehende Menge irgendeines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Erzeugnisses größer als der Begehr, dann sinken die Preise. Jeder Besitzer will verkaufen; wer die günstigsten Angebote macht, hat die meiste Aussicht, seine

Läger zu räumen: die Konkurrenz treibt die Preise herunter, Entgegengesetzt ist die Bewegung, wenn der vorhandene Vorrat von Waren den Begehr nicht befriedigen kann. Dann setzt eine Konkurrenz der Verbraucher ein: sie zahlen willig höhere Preise oder sie bieten von selbst mehr, um in den Besitz der begehrten Erzeugnisse zu gelangen. Am heftigsten wird die Bewegung, wenn es sich um Erzeugnisse handelt, die zur Fristung des Lebens unerlässlich sind: Nahrungsmittel, Kleider, Schuhwaren usw.

Beide herausgestellten Züge hat der Krieg nun in ganz besonders scharfer Art sich entwickeln lassen. Weil die sonst übliche Zufuhr unterblieb und dazu ein Mangel an Arbeitskräften die Erzeugung einschränkte, schließlich auch noch die Vorräte an Rohstoffen auf die Reize gingen, infolgedessen die an den Markt gelangenden Waren den Bedarf nicht befriedigen konnten, schneitten die Preise im Verhältnis von Angebot und Nachfrage bald langsam, bald jedoch sprunghaft in die Höhe. Und je geringer das Angebot im Vergleich zu dem Begehr wird, um so kräftiger wird sich die Preistreiberei fortsetzen. Diese hier wirkenden Kräfte und Mächte sind so stark, so rücksichtslos, so wagemutig, daß alle Verordnungen, Strafandrohungen und selbst einzelne erlassene schwere Strafen sich als beinahe gänzlich wirkungslos herausstellen.

Es soll dabei nicht verschwiegen bleiben, daß man mit geeigneten Maßnahmen der Preistreiberei und dem Wucher wohl energischer hätte zu Leibe gehen können. Es sei da nur auf die von den Gewerkschaften kurz nach Kriegsbeginn geforderten gesetzlichen Eingriffe hingewiesen. Aber es wäre doch verfehlt, anzunehmen, daß mit irgendwelchen Maßnahmen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise der Wucher vollständig hätte unterdrückt werden können. Jedenfalls waren wir nicht imstande, diese Zustände, wie sie hier ausgewachsen sind, zu bessern, unbeschadet unserer Forderung, daß gegen Wucherei und Preistreiberei überall rücksichtslos eingeschritten werde.

Die Preistreiberei wirkte naturgemäß auch auf die Arbeitsverhältnisse zurück. Am Arbeitsmarkt wurden sogar zwei Kräfte wirksam, die den Lohn hinaufdrücken mußten: der Mangel an Arbeitskräften und das Hinaufstreben der Warenpreise! Um Arbeiter an sich zu ziehen, setzten die Unternehmer die Löhne hinauf. Die Arbeiter mußten höhere Löhne verlangen, weil die andauernd steigenden Warenpreise anders die bescheidenste Lebenshaltung nicht gestatteten. Unternehmer und Landwirte behaupten allerdings, daß die steigenden Löhne die Verteuerung der Waren bedinge, ein Höherdrauben der Preise notwendig mache. Wie falsch das ist, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Wucherei längst eingeeicht hatte, als die Löhne eher noch ernähigelt als gesteigert wurden. Und ganz einwandfrei wird bewiesen, daß die Warenverteuerung die Lohnerböhrungen nach sich zog durch den Umstand, daß die Preisteigerung der Lohnerböhrung immer voraussetzt und diese Pferdelerängen voraus bleibt. Anders wäre es ja nicht möglich, daß Landwirte und gewerbliche Unternehmen andauernd wachsende Gewinne erlangen; trotz der Lohnsteige-

rungen steigt der Kapitalgewinn und die Bodenrente, während die Arbeiter bei den nominell höheren Löhnen ihre Lebenshaltung einschränken müssen.

So entwickeln sich die Verhältnisse bei unbeeinflusster Wirksamkeit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Es ist aber nicht unbeeinflusst. Die Unternehmer bilden Monopole. Deren Heranwachsen hat der Krieg begünstigt. Mit den Monopolen schalten sie die Konkurrenz aus, machen durch ein Zurückhalten der Waren das Angebot künstlich klein, treffen Vereinbarungen über Minimalpreise. Die Kriegswirtschaft hat auch diese Bestrebungen begünstigt. Der Handel greift in der gleichen Weise ein. Er läßt die Waren vom offenen Markt verschwinden; das Angebot bleibt weit hinter der Nachfrage zurück, die Preise springen in die Höhe. Die Rationierung und die Beschlagnahme von Waren sowie die Anordnung von Höchstpreisen konnte diese Entwicklung nicht verhindern. Der Sachhandel setzt ein, macht das Uebel doppelt groß, indem er die der Gesamtheit zur Verfügung stehenden Mengen verfeinert und sie dem Kleinen, besonders zahlungsunfähigen Volksteil zuführt.

Diese ganze Entwicklung, alle diese Vorgänge schädigen in schmerzhafter Weise die Arbeiter. Nun ist aber die Frage aufzuwerfen: Sind sie gänzlich machtlos? Darauf ist mit einem „Nein“ zu antworten! Wie schon bemerkt, müssen sie nach wie vor entschieden darauf dringen, daß sie durch gesetzliche und verwaltungstechnische Maßnahmen gegen die allzu freien Wuchereien geschützt werden. Es wäre jedoch falsch,

von dieser Seite einen fühlbaren Schub zu erwarten und darauf zu warten. Muß man doch sehen, daß durch viele Maßnahmen die Preistreiberei gefördert wird, anstatt sie zu biegen vorzuschieben. Was soll nun aber noch weiter geschehen? Das ist die wichtige Frage! Die Arbeiter sollen und müssen den Arbeitsmarkt ebenfalls beeinflussen.

Doch wie kann das geschehen, wie können die Arbeiter das Angebot von Händen zu ihren Gunsten beeinflussen? Nach der gleichen Weise, wie die Unternehmer! Sie müssen die Konkurrenz der sich um Beschäftigung drängenden Arbeitskräfte möglichst ausschalten. Dazu gibt es ein gutes Mittel: die Organisation, sozusagen die Monopolisierung der Arbeitskraft durch den gewerkschaftlichen Zusammenschluß! Je umfassender die Organisation alle Ware Arbeitskraft ergreift, um so besser und sicherer kann sie ausreichende Preise dafür von den Mäthern, den Unternehmern, verlangen und zugestanden bekommen.

Wehr denn je ist diese Art der Beeinflussung des Arbeitsmarktes durch die Arbeiter selbst erforderlich, weil die hinaufgetriebenen Warenpreise mit Beendigung des Krieges nicht wieder verschwinden, dagegen mit dem Zurückfluten der Felder einen ein erheblich stärkeres Angebot von Händen zu erwarten ist. Soll dieses Angebot nicht verhängnisvoll werden, will man sich gegen Wucherei wehren, dann ergreife man das geeignete Mittel: Stärkung und inneren Ausbau der Organisation zu einem Monopol der Arbeitskraft, unter der Herrschaft der Arbeiter selbst!

Der sozialdemokratische Parteitag in Würzburg. (Schluß)

Allseitig wurde in der Presse das Referat Scheidemanns über „Die Zukunftsaufgaben der Partei“ als der Höhepunkt des Parteitags bezeichnet. In der Tat ist die Frage des „Zukunftsaufbaus“ nicht jenes der Phantasie, sondern unseres Staats- und Gesellschaftslebens nach dem Kriege von allergrößter Bedeutung für die gesamte Arbeiterklasse. Sie muß mittels ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen ihren ganzen Einfluß zusammenfassen und sich möglichst aktiv zur Geltung bringen. Doch lassen wir Scheidemann selbst sprechen:

Wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und sehen auch heute nur erst undeutlich das Ende in dümmerender Ferne vor uns. Manneskraft und Wirtschaftsgut aller Völker sind zum großen Teil vernichtet worden, und kein Rednermeister wagt zu sagen, wieviel am Ende des Krieges noch übrig bleibt. Ebenjowenig vermögen wir uns heute ein Bild von dem politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnis der Staaten untereinander zu machen, solange draußen noch um die Entscheidung gekämpft wird. Ebenso stehen wir in unseren eigenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in einem Strom der Entwicklung, von dem wir nur wissen, daß er reichlich ist, aber nicht sagen können, wo er mündet. Klar in dieser Fülle der Unklarheiten ist nur eines: alles müßte für die Menschheit ein verzweifelt schlechtes Ende nehmen, wenn sie sich von den Ereignissen ziehen ließe und auf jeden Versuch verzichtete, diesem geschichtlichen Geschehen die Gejeße ihrer Vernunft und ihres Willens aufzuzwingen. Nur die alten, abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Jermürdeten sehen sich an den Brand, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben zum Leben auch den Mut und die Kraft. Wir als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volksfamilie, und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampf zerfleischt. Wir haben nicht das Recht, auch nur einen Tag stumm oder zaghaft zu werden.

Wir haben lange genug die wirtschaftliche Entwicklung studiert, um zu wissen, wer nicht freiwillig mag, den zieht sie an den Ehren mit. Das werden die ewig Konjunkturlosen von rechts und links noch erfahren. In tatsächlicher Beziehung sind wir beweglicher geworden, weil die Stellung der Arbeiterklasse sich durch den Krieg erheblich verändert hat. Der Imperialismus dachte in diesem Kriege seine Schlachten mit dem Proletariat zu schlagen und mancher Schmerzschrei ist darüber ertönt, mit welcher Leichtigkeit der Imperialismus aus dem Proletariat seine Schlachttrophen bildete und immer wieder füllte. Und doch hat der Krieg die Massen Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat nicht gestärkt, im Gegenteil, die Proletarier haben überall das Bewußtsein gewonnen, daß der Staat, für den sie kämpfen, nach dem Kriege noch weniger als vorher bloß staatlicher Massengegner sein wird. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern or-

ganisiert und geeinigt, die organisierte Arbeiterklasse kann sich aus tausend Gründen nicht gegen den Staat stellen und hat es nirgends getan.

Drei Jahre lang hat die ganze Bevölkerung wirtschaftlich unproduktiv gearbeitet. Der wachsende Berg bedruckten Papiers zeigt unsere Verarmung und Verunsicherung an. Und in diesem Trümmerschaufenster sollen wir die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ein neues System der Güterverteilung durchzuführen, sollen wir dafür sorgen, daß jeder ein Dach über seinem Kopfe, jeder sein Essen und seine Kleidung erhält, und dabei ist nichts da und dabei langt es nicht hier und dort. Da können die Aufgabe selbst den Marignan schreden. Der Sozialismus ist nach unserer Ueberzeugung etwas unendlich Großes, aber seine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereitet hat, mit einem Schläge ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Da mag vielleicht der ungeduldige Patient dem gewissenhaftesten Arzt antworten und sich dem ersten besten Anspürer anvertrauen. Kommen wir also nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der Gefahr schwerer Rückschläge rechnen. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unserer Verheißung sein und können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen und voller Ueberzeugung erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Kriege anders überhaupt nicht denkbar ist als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundzüge und die methodische Durchdringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip.

Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu heben, die vorhandenen Arbeitskräfte voll auszunutzen zum Wohle der Allgemeinheit. Wir werden nach dem Kriege kein Schlachtfeld haben, sondern an jeder Stelle wird mit voller Hingabe gearbeitet werden müssen. Aber wir werden auch den Grundgedanken beherzigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern armer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle seines Reichtums. Darum nach dem Kriege erst recht Sozialpolitik und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik!

Die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Regelung, wie werden sich die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Aufhebung der staatlichen Regelung schrankenloser Preistreiberei Lohr und Tox geöffnet wird? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhindert werden? Eine ordnungsgelose Wirtschaft müßte ein solches Maß von Massenelend und Massenverderben erzeugen, daß der gewaltigste Ausbruch nahezu genügt wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung. Und auch von der finanz-

politischen Seite drängt er sich auf. Ein fünfmal größerer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Kassen geben, um Zinsen, Renten und Unterhaltungen, Löhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung des staatlichen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögenssachfrage und Monopole. Diese sozialistische Wirtschaft würde sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. Man müßte den Sozialismus erfinden, wenn es ihn nicht gäbe.

Die Diskussion hierzu erstreckte sich gleichzeitig auf die in der Tagespresse vorher abgedruckten Teilverichte von Landsberg über „Demokratisierung“, Reil über „Steuerfragen“, Cunow über „Wirtschafts- und Wiffels über „Sozialpolitik“. Unser Stamm läßt es leider nicht zu, diesen für jeden organisierten Arbeiter hochwichtigen Fragen in allen Einzelheiten nachzugehen. Immerhin mag aus der interessanten Debatte noch einiges herausgegriffen werden:

Löbe-Preislaun: Schon arbeiten die Gegner mit den Schlagwörtern Hungerfriede und Verleumdungsfriede, um später die Verantwortung für die ungeheuren Kriegslasten aufzubürden. Da müssen wir rechtzeitig unser Finanzprogramm in die breiten Volksmassen tragen. Das doch z. B. Preislaun in drei Kriegsjahren um 100 Millionen zugenommen. Da könnte zur Ergänzung der Kriegsanleihen am Ende schon während des Krieges eine starke Vermögensabgabe in Frage kommen, das würde vielleicht auch die Kriegslust der Kriegsgewinner dämpfen. Nehmen wir aus Landsbergs Referat den Satz heraus: Nicht einer soll mehr über Krieg und Frieden entscheiden, sondern das Volk, so haben wir einen zündenden Anknüpfungspunkt für unsere demokratischen Forderungen. Zeigen wir aus Cunows Referat, wie eine weitere ungerollte Versorgung mit Rohstoffen zu einer neuen Ausplünderung des Volkes führen müßte, und wir haben die Basis der sozialistischen Propaganda. Und unterzeichnen wir mit Wiffel, daß Schuß und Wiese menschlicher Arbeitskraft höher steht als aller Unterdruck — so haben wir das Müßiggang, um im Turnier mit dem gewandtesten Gegner siegreich zu bestehen.

Uraun-Würzburg: Infolge des Parteistretes wird einer so wichtigen Frage wie der Demobilisierung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit und die Vermehrung der Sänglingssterblichkeit zeigen uns die ganze Gefahr der gegenwärtigen Kriegswirtschaft. Kalkulations- und Rohstoffversorgung werden in der Lebensgangswirtschaft die höchsten Schwierigkeiten bieten, zumal wenn eine falsche Politik unsere an Wachstum reichenden Gegner reizt. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Hilfe des Staates für die arbeitslos werdenden. Die Gewerkschaften werden, auch wenn der Staat diese Aufgaben übernimmt, eine geradezu erdrückende Fülle von Aufgaben haben und im Kampf gegen die Macht des konzentrierten Kapitals lösen müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen und eine unheuerliche Trivialisierung, jetzt die Gewerkschaften sprungen zu wollen, wie man die politische Partei gespart hat. Die politische Bewegung läßt sich viel leichter zusammenfassen als eine einmal gepirgnete Gewerkschaft. Jede Spaltung der Gewerkschaftsbewegung würde den Unternehmern die größte Freude bereiten. Leider erscheint heute manchem der Kampf gegen den Genossen Legion viel wichtiger als der Kampf gegen Arbdorf. Demgegenüber haben wir zu sagen, daß, wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet rührt, das ungeheure Verbrechen aller denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse begibt und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört. Aber auch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird nach dem Kriege an ihre Grenzen stoßen und für die Durchsetzung einer ganzen Reihe sozialpolitischer Forderungen auf die Hilfe der Partei angewiesen sein.

Werkenswert waren auch die Ausführungen von Frau Kubacka-Berlin über die Notwendigkeit sozialer Arbeit der Frauen. Aus den Schlussworten der Referenten geben wir noch einige kurze Auszüge.

Wiffel: Der Krieg hat auch im Innern direkt und indirekt viele Opfer gefordert, namentlich auch unter den Frauen. Die schweren Geburtenverluste werden sich noch nach Jahrzehnten fühlbar machen. Deshalb eingetretener Schuß der Volkstraherhaltung und Entsalzung alles Lebens und Schuß der Arbeiterkraft! Freilich werden wir beim Kampf um diese Ziele harte Widerstände zu überwinden haben. Wir können die Frauenarbeit nicht entbehren, aber wir müssen das volkswirtschaftliche Problem in Einklang bringen mit dem sozialen Schuß des künftigen Lebens, dessen Trägerin die Frau ist.

Cunow: Alle Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind in Umbildung begriffen: Kapitalanhäufung, Kapitalbildung, die ganze Massenbildung. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen, sondern steht noch ziemlich fest. Aber sie hat Anzeichen beim sozialistischen Organisationsgedanken machen müssen, um sich zu halten. Die weitere Entwicklung läßt sich sehr schwer beurteilen. Sehr viel hängt dabei von den Friedensbedingungen ab, von Entschädigungen, Kapitalrückführung und günstigen Wirtschaftsverhältnissen. Der englische Wirtschaftskrieg wird wahrlich ein Beispiel unter der Decke wertergeben. Wir dürfen nicht auf etwa 10 Millionen Menschen auf dem ungedeckten Arbeitsmarkt wer-

fen. Auch wird es viel schwerer sein, eine ausreichende Unterstützung der ganz Arbeitslosen durchzuführen, als wirklich gemeinnützige Arbeiten einzurichten. Manche Industrien entbehren aller Rohstoffe und fast aller Maschinen. Wer kann denn daran denken, die Gesamtarbeiterschaft jahrelang zu unterstützen! So einfach liegen die Dinge nicht. Die Umstellung zur Kriegswirtschaft erfolgte unter den günstigsten Umständen bei sehr starkem Rohstoffvorrat. Nach dem Kriege werden ganze Industrien bei aller Vermählung keine Rohstoffe bekommen können. So zerfällt sich die Frage in viele Einzelheiten, sie bedarf der gründlichen Arbeit in einer Kommission. Diese Kommission kann auch die Programmrevision vorbereiten, denn das neue Programm muß wirtschaftslehrehaftlich fundiert werden.

Das Referat über „Lebensmittelfragen“ wurde von Robert Schmidt erstattet. Es stand unter doppeltem Luftern. Am nahen Ende des Parteitag war die Konzentrationskraft der Delegierten wohl nahezu erschöpft. Vor allem hat auch jeder das Gefühl: mit Worten ist den völlig ungeeigneten und ungenügenden Maßnahmen der Regierung nicht beizukommen. Eine Art „Fatalismus“ hat sich auf diesem Gebiet herausgebildet. Man ist beinahe schon erstaunt, wenn mal ein Tag keine weiteren Verschlechterungen bringt. Das wurde allerdings auch in Würzburg vom Referenten und den Diskussionsrednern (meist Frauen!) kräftig unterstrichen. Die Resolution hierzu findet sich an anderer Stelle.

Vom letzten Verhandlungstag wäre nur nachzutragen der ohne Debatte angenommene Antrag von Schulz, Ebert und Legien, der die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Bildungsarbeit und bei der Zentralstelle für die arbeitende Jugend erneut festlegt. Nach einem kräftigen Schlußwort Eberts wurde der Parteitag am Sonnabend geschlossen.

Wichtige Beschlüsse vom Würzburger Parteitag.

(Schluß)

3. Mitbestimmungsrecht der Frau.

Die praktische soziale und politische Tätigkeit der Frau ist durch den Krieg noch umfangreicher geworden im Erwerb, in der Sorge für die Ernährung, bei der Erziehung der Kinder und in der Gemeinde.

Die vermehrte Ausspannung wird auch nach dem Kriege weiter zu leisten sein. Weitere Zweige der Hausvorgesichtigkeit werden nötig werden. Wir erinnern nur an die vielen Witwen und Waisen und an die Frauen der Kriegsinvaliden, denen die Last der Ernährung der Familien aufgeladen wird, beglücklichen an die zahlreichen verheirateten Frauen, die durch das ungenügende Einkommen des Mannes auch weiterhin zur verpfändeten Erwerbsarbeit gezwungen werden.

Die daraus erwachsenden Aufgaben können nur erfüllt werden unter Mitwirkung der Gemeinden und des Staates, wobei die Frau ein Mitbestimmungsrecht haben muß. Da sie bis heute auf diesem Gebiete noch rechtlos ist, ist es ihre erste und vornehmste Aufgabe, dahin zu wirken, daß sie in ihren wirtschaftlichen und politischen Rechten dem Manne gleichgestellt wird. Gleiches Recht für alle, für Mann und Frau. Wofern sie dieses gleiche Recht erreichen, so müssen alle Frauen sich den sozialdemokratischen Organisationen anschließen. Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihre ganze Kraft für die Erreichung des Frauenwahlrechts für alle sozialen und politischen Körperschaften einzusetzen und nach Möglichkeit für die Gewinnung und Schulung der Frauen zu wirken. Ebenso verlangt er, daß die Frau weit mehr als bisher zur praktischen sozialen und politischen Arbeit herangezogen wird.

4. Erhöhung der Bezüge für Kriegserwitwen, -waisen und Kriegerverletzte.

Die im Ungemessenen gekiegenen Preise der Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel haben die öffentlichen Körperschaften und einzelne Privatunternehmer veranlaßt, den Angehörigen und Arbeitern mehr oder weniger entsprechende Teuerungszulagen zu gewähren. Ebenso hat der Reichstag sozialdemokratischen Anregungen folgend wiederholt Erhöhung der Familienunterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer beschlossen. Die Bezüge der Kriegserwitwen und -waisen sind aber unberührt davon geblieben, so daß die zahlreichen Familien, deren Ernährer ihr Leben für das Vaterland hingaben, in dauernder Not sind. Dasselbe gilt für die große Schar der Kriegsverletzten, deren Renten ebenfalls die gleichen geblieben sind wie vor der ungeheuren Teuerung. Die Pflicht gebietet der sozialdemokratischen Partei, dafür zu sorgen, daß die Renten für die Kriegserwitwen, -waisen und Invaliden so schnell wie nur möglich so erhöht werden, daß diese Unglücklichen, die dem Vaterlande das Beste gegeben haben, vor Not geschützt sind. Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften in diesem Sinne zu wirken.

5. Linderung des Kriegsolonds.

Melengroß und gräßlich sind die Opfer an Blut, Lebensglück und Gesundheit, die durch den Krieg der Mehrheit der deutschen Familien aufzuerlegt worden sind. Derselbe Krieg hat jedoch einem kleineren Personenteile unfruchtbar Reichthümer durch Kriegsgewinn gebracht. — Der Gedanke ist unerträglich, daß für die Mehrheit der Krieg die Quelle dauernden wirtschaftlichen Uebelstandes sein soll.

Der Parteitag fordert deshalb, daß das Reich zur Linderung des

Kriegslebens, für die es aufzukommen hat, in erster Linie die im Kriege erworbenen Reichthümer heranzieht. Das soll unter Anerkennung des Grundgesetzes geschehen, daß niemand beanspruchen darf, nach dem Kriege wohlhabender zu sein, als er vorher gewesen ist.

6. Gegen Lebensmittelnot und Teuerung.

Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandskraft unerlässlich.

Der Parteitag billigt daher die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sogleich nach Ausbruch des Krieges und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben und verurteilt es auf das Schärfste, daß diese Forderungen nicht in dem Umfange und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangen, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgesperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Geldpolitik und Verzögerung, die den kapitalistischen Gewinninteressen weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinträchtigt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Kriegsjahren und Kämpfern ermöglichen, sich in unerhörtem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bitterste Not leidet. Gegen die auf sorgfältige Preissteigerungen gerichtete Preispolitik des Kriegsernährungsamtes, die auch die unerwünschten eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Verteuerung aller Lebensmittel geführt hat, erhebt der Parteitag entschiedensten Protest und fordert wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Verabsäumung der Kleinhandelspreise durch Vereinstellung von öffentlichen Mitteln müssen grundsätzlich Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelzeugern hohe Kriegsgewinne zu sichern und somit ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der schlimmsten Notlage der ärmeren Volksschichten zu weichen, kann diesem Verfahren als kleineres Übel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelherzeugung kann lediglich durch Vereinstellung hinreichender Arbeitskräfte, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Riesengewinne der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den bescheidenen Massen eine ausreichende Ernährung, wohingegen sie den breiten Volksschichten immer größere Entbehrungen auferlegen.

Ta auch die Händler durch spekulative Preissteigerungen und wucherischen Schleichhandel zur Lebensmittelteuerung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Handelsinteressen, den Betrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfasst und im Wege öffentlicher Bewirtschaftung sachgemäßer als das bisher durch einzelne Kriegsgesellschaften geschah, zu angemessenen erschwänglichen Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Saates sowie in den gemeindlichen Körperschaften auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tatkräftig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelwucherer gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

7. Freies Wahlrecht in Preußen.

Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit seiner Überwindung des Königs von Preußen vergangen und noch immer besteht das elendeste aller Wahlrechte, das Dreiklassenwahlrecht. Wegen seiner Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wagen die Reaktionskräfte nicht mehr offen aufzutreten. Sie versuchen vielmehr die dringend notwendige Reform durch unehrliche Verschleppungsmanöver zu verzögern. Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteidigung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gewährt wird.

Die Einführung dieser Forderung verträgt keinen Aufschub. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die sozialdemokratische Partei als Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front die notwendigen Proteste gegen deren Erhaltung in Rechtlosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck umgekehrte Einführung eines wirklich freien demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden, um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzuführen.

8. Bildungsarbeit und Gewerkschaften.

Der Parteitag beauftragt die bisherigen Mitglieder des Zentralbildungsausschusses David, Heilmann, Korn, Lobe, Müller, Schulz mit der Fortführung der Arbeiten des Zentralbildungsausschusses während der Dauer des Krieges. Ausdrücklich ersucht der Parteitag den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Zentralbildungsausschuss eine Verhandlung über die zukünftige Mitarbeit der Gewerkschaften im Zentralbildungsausschuss herbeizuführen.

Breslauer Sozialpolitik im Zeichen der Neuorientierung.

Am 19. Oktober besaß sich die hiesige Stadtverordnetenversammlung mit zwei Magistratsvorlagen, die Teuerungszulagen für die Beamten und Arbeiter vorsah. Danach sollten den Beamten Zulagen von 360-1400 Mk. und den Arbeitern Zulagen bewilligt werden, wenn es die Betriebsbeamten für gut befinden. In der Kommission hat Stadtverordneter Vöbe beantragt, daß die Zulagen an die Beamten in umgekehrter Weise verabfolgt werden, den niedrigsten bezahlten 1400 Mk. und den Herren mit 14000 Mk. Gehalt 360 Mk. und den Arbeitern gleichfalls feste Sätze. Kommission wie Plenum lehnten dies aber ab. Der Berichterstatter der Kommission, Direktor der Bodenkreditbank Milch, erklärte, man müsse bei den hohen Einkommen die allgemeine Lebenslage berücksichtigen, und da seien die bedeutenden Zulagen bei den hohen Einkommen überflüssig. Wir fragen Herrn Milch, wie er seine Worte verstehen will. Die Lebensmittel sind kontingentiert, die hohen Beamten erhalten davon nicht mehr als die Arbeiter. Alle übrigen Dinge, wie Schuhwerk usw., erhalten die Arbeiter auch nicht billiger. Wenn Herrn Milch seine Worte überhaupt einen Sinn haben, dann nur den, daß man den hohen Beamten die Zulagen die Möglichkeit geben will, sich Waren im Schleichhandel zu besondern Wucherpreisen zu beschaffen, neben dem teuren Geflügel, Kalben usw., um nicht mit der Masse des Volkes durchhalten zu müssen. Den Herren scheint nicht bewußt gewesen zu sein, daß diese Zulagen auch diejenigen mit aufbringen müssen, die bitter Not leiden, während einer kleinen Übermaß Geld gegeben wird, damit sie die Kriegsnöte von sich abwälzen können. Wie das Durchhalten die bescheidenen Kreise aufhalten, können die Herren durch Beiträgen näherer Arbeiter leicht verhindern. Die verschiedenen Gruppen Lohnarbeiter, wie Inthallanten, Jäger usw. werden ihnen ersetzen, was sie bei Reparaturen, Lichtlösungen usw. in den Gewölben und Kellern sogenannter Herrschaften an Nahrungsmittelvorräten gesehen haben.

Ferner wurde die Höhe der Beamtenzulagen mit dem Hinweis auf gleiche Zulagen in Berlin und Charlottenburg begründet. Als darauf Stadtverordneter Philipp auf die bedeutend höheren Arbeiterzulagen in Köln hinwies, trat ihm der Personalienbezernent Stadtrat Tobler entgegen mit den Worten, die Lebensmittel seien in Köln bedeutend teurer wie in Berlin. Daß aber Herr Milch seine und des Herrn Stadtrats persönliche Zulage mit den ebenfalls teureren Lebensmittelpreisen in Berlin usw. begründete, dagegen wandte sich der Stadtrat nicht.

Die Gewährung bestimmter Sätze als Zulagen an die Arbeiter sei wegen deren unterschiedlichen Löhnen nicht möglich, das sei nur bei den Beamten mit ihren bestimmten Gehaltsstufen möglich. Mit solchen Gründen kann man auch das Unmöglichste beweisen; sie zeigen aber, wie manchen Leuten auch das bescheidenste Verständnis für die Not der Arbeiterklasse fehlt.

Eine weitere Behauptung des Herrn Milch müssen wir als unrichtig entschieden zurückweisen. Die Arbeiter sollen während des Krieges durchschnittlich 40 Proz. Zulage erhalten haben. An der gegenwärtigen Teuerung gemessen und dem Umstande, daß Breslau bei Kriegsbeginn lediglich Durchschnittslöhne bezahlte, von denen unser Magistrat selbst anerkennt, daß sie zu niedrig seien - was gewiß viel sagen will - wären 40 Proz. zweifellos zu wenig. Tatsächlich stimmt die Angabe nicht. Herr Milch wird zu geben, daß zu den städtischen Arbeitern auch die Frauen gehören. Diese haben überwiegend überhaupt noch keine Zulage während des Krieges erhalten. Auch wenn Herr Milch nur die Männer gemeint haben will, auch dann ist seine Behauptung unrichtig. Schätzliche Arbeiter mit 40 Proz. Zulagen sind geradezu Ausnahmen. In einzelnen Betrieben, wie den Elektrischen Werken zum Beispiel, können wir nicht einen Mann mit 40 Proz. Zulagen ermitteln. Die Organisation wird Einrichtungen anstellen, um Herrn Milch das Irrtümliche seiner Behauptung nachzuweisen. Unsere Mitglieder wollen uns darin möglichst unterstützen. Von wem hat Herr Milch diese Behauptung erhalten, denn der Herr selbst konnte die Behauptung nicht aus Eigenem aufstellen.

Dann wies Herr Milch auf den Arbeitermangel hin, die Arbeiter hätten gegenwärtig eine Macht, die sie nicht immer berechtigt benutzen. Unangebracht ist es richtig. Die Unternehmer behaupten den Arbeitern gegenüber eine außerordentliche Macht und einen während des Krieges Riesengewinn. Sind doch allein in Breslau während des Krieges 160 neue Millionäre entstanden. Die Seibtsucht dieser Leute ist so groß, daß sie oft die bescheidensten Ansprüche der Arbeiter ablehnen, die diesen es erst ermöglichen sollen, ihr Körper überhaupt noch arbeitsfähig zu erhalten. Wenn dadurch die

Arbeiter zur Verzweiflung getrieben werden, dann haben nicht die Arbeiter, sondern die selbstflüchtigen und verständnislosen Unternehmern ihre Macht unberührt benützt.

Zum Schluß möchten wir aber unseren Breslauer Mitgliedern einen Ausspruch des Magistratsvertreters in Erinnerung bringen, der bestritt, daß die städtische Arbeiter Rot leiden. Ihr Straßenwärtinnen usw. mit 3.- Mk., 2,90 Mk. und weniger Tagesverdienst wüßte, eine Rot existiert bei euch nicht. Die Verhandlungen an Stadtverordnetenversammlungen sind für die städtische Arbeiterschaft ein Beweis, wie wenig sie von dem Wohlwollen von oben zu erwarten haben. Nur durch Einigkeit und Zusammenstoß werden sie ihre Lage verbessern. Deshalb veräume niemand den Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

◆ Kriegsbriefe ◆

Im Vormarsch auf Riga. Unser Kollege W. Schmidt (Hauptbureau), der früher an der Westfront gekämpft und verwundet wurde, denn längere Zeit in Frankfurt a. O. in Garnison stand, ist seit Monaten wieder an der russischen Front. Wir geben hier seine anschauliche Schilderung vom 12. 10. 17 wieder, worin er die Erlebnisse der letzten Wochen darstellt:

„Mehrere Wochen vorher schon als die Zeitungen berichteten, begannen die Vorbereitungen, die Täuschungsmanöver usw. unseres Vormarsches (auf Riga). Eine unruhige strapazenreiche Zeit. Bei der eigentlichen Offensive, die an einer Stelle erfolgte, wo sie niemand vermutete, waren wir der linke Hebel der berühmten deutschen Zange. Unweit Mitau gingen wir links der Na bis zur Feste Schloß vor und schwenkten dann am Babil-See rechts ein auf Riga zu. Stellung auf Stellung hatte der Russe bestens ausgebaut, doch nachdem er einmal ins Kaufen gekommen war, blieben wir ihm auf den Fersen und ließen ihm keine Zeit, sich zu setzen. Riga selbst verließ der Russe kampflos, um nicht gefangen genommen zu werden. Nur kurze Rast gab's in Riga, dann gings weiter. In Riga selbst war die Not bereits zur Hungersnot gestiegen. Der Kriegswucher fand hier ein dankbares Feld seiner Tätigkeit. Es kostete ein billiger Anzug hier 500 Mk., 1 Zigarre 60 Pf., eine Seltzer 90 Pf., 1 Pfund Butter 12 Mk., 1 Liter Milch 90 Pf. usw. Dementsprechend sahen auch die noch am Leben gebliebenen Menschen verhungert und verelendet aus. Hinter Riga fanden wir die Landbevölkerung weniger hart vom Kriege mitgenommen. Wir fanden Rinder und Schweine und sonstige schöne Sachen in Hülle und Fülle vor. Das war ein Leben für uns nach den langen Entbehrungen. Doch wir nahmen nicht mehr als wir brauchten. Ganz ohne Härte geht es ja nicht immer ab, aber über einen Feind wie den Deutschen kann sich wahrhaftig keine Bevölkerung beklagen, wenn's anderweitig auch so gemacht wird. Wehe dem der es wagte, eigenmächtig armen Leuten ein Stück Vieh wegzunehmen, er wurde mit Schellen und Fluchen, mit den derbsten Kraftworten belegt. Unwillkürlich zog ich Vergleiche mit Zeitungsberichten von seinerzeit, als die Russen in Ostpreußen gehaust hatten, und ich war stolz darauf, in einer solchen Truppe mitmachen zu können. Wo die Leute nicht geflüchtet waren, ist ihnen fast alles gelieben. Wir fanden genug in den eiligst verlassenen Wohnungen. Ueberall aber jagte man uns, russische Offiziere hätten den Einwohnern vor den Deutschen Angst gemacht. Wir schlugen die Kinder tot, vergewaltigten die Mädchen usw. Und das habe ich selbst aus dem Munde eines Fabrikbesizers gehört, der also von einem russischen General befehrt worden war. Daß unsere Kompagnie und noch eine zweite aber in Riga Stubenarrest erhielt, sich also Riga nicht ansehen durfte, nur, weil von ein paar Kameraden ein Huhn entwendet worden war, das war Latsche und entsprach dem Geist der Truppe. In einem verlassenen Gehöft habe auch ich einmal gehaust, und wie es mir dabei erging, laßt Euch erzählen. Aber nicht lachen! Wir hatten Halt gemacht. Da hatte irgendein Kamerad einen Bienenstock entdeckt, kam zu mir und fragte, ob ich Honig ausnehmen könnte. Honig, dachte ich, eine feine Sache, versteht zwar nicht, aber ehe ein anderer mitgeht — ich sage: „Ja gewiß, das verstehe ich!“, und denke, es wird schon gehen. Zu dreien gehl's auf das Gehöft los. Keiner von uns hat jemals einen Bienenstock gesehen. Ich also vor. Einen Saß um Leib und Hände, eine um Hauke gefundene Bluse um den Kopf und nun drei Waben heraus. Aber da ging's los. Argendwie hatten die Angreifer ein Loch in meiner Vermummung entdeckt, und die ersten Stiche schmerzten. Auch durch die Kleider lingen die empörten Tiere zu stechen an. Im Schweinsgalopp ging's zurück zur Truppe, verfolgt von einer ganzen Wolke von Bienen, mit Händen und Füßen strampelnd, schlagend, sich hinwerfend, wieder auf usw. und so kamen wir endlich an. Begrüßt von dem Gespött der Kameraden, aber doch mit einer Probe

des köstlichen Stoffes. Sonderlich geschadet hat's keinem von uns, aber ohne Denktettel ist's doch nicht abgegangen. Von Riga aus ging's also weiter, Richtung Friedrichstadt und darüber ostwärts hinaus, alles zu Fuß mit gutgepacktem Affen im Regen, im russischen Dreck. Bei Tage auf der Landstraße, nachts im dürftigen Quartier. Bald in einer zerflossenen Scheune, bald in einem ehemaligen Schloß, bald in einer Kirche, bald im Freien, und ich sogar einmal in einer Leichenhalle, allein, 's wollt' keiner mit herein. Und doch lag sich's dort so schön im Stroh, wie lange nicht. Gelegenheit zum Reinigen des Körpers und der Sachen ist so gut wie ausgeschlossen. Was Wunder, daß man in den durch und durch verlausten Ruffenstellungen und Gebäuden sich eine stattliche Zahl dieser Tierchen unfreiwillig angeschafft hatte. Als ich das erstemal wieder in einem verlassenen Bauerngehöft meine Sachen einer näheren Betrachtung unterzog, schätzte ich die Zahl der vorhandenen Sechsbeynigen auf etwa eine halbe Million. In einem alten Kessel habe ich sie gar gekocht, splitternadend ohne Pardon, auf Hemde und Wäsche und aufs Trocknen wartend. Wenige Stunden nach dieser Radaftur schuppte ich schon wieder. Ohne Ungeziefer geht hier niemand einher, das ist manchmal zum Verzagen. Die Körper sind blutig zerkratzt und zerfressen, und das soll man nun noch wer weiß wie lange aushalten. Augenblicklich liegen wir dem Russen dicht gegenüber. Es ist eine Kampfpause eingetreten, die hoffentlich recht lange andauert. Wo sind die schönen Tage der Verbrüderung? Kräftig wehrt sich der Russe, so gut er kann. Deine Annahme, daß ich nicht in vorderster Reihe sei, war zwar wohlmeinend, aber irrig von Dir. Man gab mir sogar das Eisene Kreuz und machte mich zum Befreiten.“

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Sterkrade. Nicht als Kriegs-, sondern als dauernde Maßnahmen hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung von Familienzulagen an alle verheirateten städtischen Arbeiter mit mindereinstufiger Dienstmittel be beschlossen. Die Sätze betragen monatlich 7,50 Mk. für ein kinderloses Ehepaar und je 5 Mk. für jedes Kind unter 14 Jahren. Die Höhe der sonstigen Bezüge bleibt davon unberührt.

◆ Notizen für Gasarbeiter ◆

Ein neuer Gas-Schrecken. Die „Magdeb. Zeitung“ brachte kürzlich folgende Notiz: „Wie uns der Magistrat mitteilt, ist es zwar trotz unausgesetzter Bemühungen beim Reichskommissar für die Kohlenversorgung bisher nicht gelungen, die für die Fortführung des Betriebs unseres Gaswerks erforderlichen Kohlenmengen zu erhalten. Es fehlt ihm infolgedessen heute völlig an Kohlen und so sieht nur noch die geringe, in den Gasometern befindliche Menge Gas zur Verfügung. Unter diesen Umständen ist dringend zu befürchten, daß heute, Montag mittag 1 Uhr der Betrieb des Gaswerks eingestellt werden muß! Man kann sich denken, wie diese Nachricht auf die Bevölkerung wirkte. Der Arbeit und dem Handel sollte Kraft und Muth entzogen werden, in diesen Haushaltungen bestand die Gefahr, daß weder gekocht noch die Stube erleuchtet werden konnte. Der Magistrat teilt dazu mit: „Durch Ueberweisung von Kohlen seitens der Behörde ist die drohende Gefahr der Schließung des Gaswerks vorläufig abgemindert worden.“ Für unsere Magdeburger Kollegen in den Gasanstalten, aber auch an anderen Orten eröffnen sich mit dem weiter steigenden Kohlenmangel ganz besonders unerfreuliche Perspektiven!

◆ Aus unierer Bewegung ◆

Augsburg. In der gut besuchten Versammlung der städtischen Arbeiter wurde am 21. Oktober nach einem Referat des Kollegen Weigl nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 21. Oktober 1917 tagende Versammlung der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen Augsburgs nimmt Kenntnis von der geplanten Neuregelung ihrer Lohnverhältnisse. Sie hält anlässlich der jetzigen Zeit eine wesentliche und durchgreifende Änderung ihrer Lohnverhältnisse für unbedingt notwendig. Eine Änderung kann die Versammlung nur in der Abänderung der jetzt bestehenden Lohnsätze erwidern, die in ihren bestehenden Grundlinien eine wesentliche Berücksichtigung nach oben erfahren müßte. Diese Neuregelung würde nicht nur eine Wohltat für die städtische Arbeiterschaft bedeuten, wieder einmal geordnete und geregelte feste Löhne zu haben, sie würde sicher auch bei dem heutigen Kräfte-mangel für den verehrlichen Magistrat Erleichterung bringen, insofern bei den Zulaugberechnungen Zeit und Arbeitskraft gespart werden kann. Deshalb erwartet die Versammlung die baldige Neuregelung ihrer Bezüge. — Bezüglich der tatsächlichen Neuregelung ihrer Versammlung außerordentlich, daß die städtische Arbeiterschaft weder durch ihren Arbeiterschuß, noch durch ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, gutachtlich gebot

turde. Während die Herren Beamten von der ausgearbeiteten Vorlage Kenntnis erbielten und dadurch die Möglichkeit hatten, ihre weiteren Wünsche geltend zu machen, blieb dies der städtischen Arbeiter bis jetzt vorenthalten, obwohl auch für die städtischen Arbeiter der Arbeiterausschuß zur Weiterleitung ihrer Wünsche eingesetzt wurde. Bei so weittragenden Neuregelungen, wie die der Lohnverhältnisse, hätten auch die städtischen Arbeiter einige Wünsche vorzutragen gehabt. Da ihnen die Möglichkeit durch die Einholung einer tatsächlichen Äußerung der in der Vorlage gebrachten Lohnliste nicht gegeben wurde, sind sie gezwungen, ihre weiteren Wünsche und Anträge durch ihre Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, einbringen zu lassen. Die Versammlung erklärt sich angesichts der kurzen Zeit damit einverstanden, wenn bis zur endgültigen Regelung der Lohnverhältnisse eine Teuerungszulage gewährt wird, und erwartet, daß sie nach der Gruppe IV der bayerischen Staatsbeamten zur Auszahlung gelangt. — Bemerkenswert sei noch, daß die in Vorschlag gebrachte Lohnliste zwar wesentliche Verbesserungen gegenüber der früheren Lohnliste enthält, daß aber andererseits noch verschiedene Mängel bestehen, die ebenso dringend wie die früheren der Abhilfe bedürftig sind. Der Verband wird sich demnach in engeren Kreisen mit der Vorlage befassen und die hierzu notwendigen Anträge beim Stadtmagistrat in Vorlage bringen.

Frankfurt a. M. Am 19. Oktober fand eine öffentliche Versammlung der bei der Frankfurter Gasgesellschaft beschäftigten Gasarbeiter und -arbeiterinnen statt. Zur Verhandlung stand: 1. Die Forderung einer erhöhten Teuerungszulage, 2. Bericht über die Feststellung der in den drei Gaswerken gezahlten Tariflöhne. Zum ersten Punkt der Tagesordnung zeigte der Gauleiter Kollege Ullde durch seine Ausführungen, wie seit dem 1. Juni d. J. wo die erhöhten Tariflöhne in Kraft traten, die Preise für alle Gegenstände des täglichen Lebens gestiegen sind. Es wies nach, daß die paar Pfennig Lohnerhöhung den Gasarbeitern doppelt und dreifach wieder durch den Lebensmittelpreis abgenommen sind. Daß auch die Löhne der Gasarbeiter in Frankfurt a. M. gegenüber den gleichartigen Städten zu niedrig sind, und daß in diesen Städten weit höhere Teuerungszulagen zu den Löhnen gegeben werden. Er könne also aus diesem Grunde den Anwesenden nur empfehlen, den Vorschlag der Arbeiterausschüsse, von der Gasgesellschaft die Erhöhung der Teuerungszulage um 100 Proz. zu verlangen, anzunehmen. Nach der darauf in zustimmendem Sinne erfolgten Aussprache wurde der Vorschlag der Arbeiterausschüsse einstimmig angenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Ullde Bericht über das Resultat der Feststellung, ob in den drei Gaswerken der Tarif auch voll und ganz eingehalten wird. Aus der Feststellung ergab sich, daß an 32 Gasarbeiter nicht der ihnen zustehende Tariflohn gezahlt wurde. Diese Angelegenheit wurde den Arbeiterausschüssen zur Erledigung überwiesen. Zum Schluß erwähnte Kollege Ullde die Anwesenheit, in Zukunft noch mehr wie bisher für die Stärkung der Organisation zu arbeiten, denn es sind in den drei Gaswerken noch 96 Nichtorganisierte vorhanden. Fleißige Werbearbeit sei notwendig, da am 31. Mai 1918 der jetzige Tarifvertrag abläufe. Im März 1918 müssen die Gasarbeiter bereits wieder Stellung zur Tarifvertragsfrage nehmen, bis dahin müssen die 96 Fernstehenden noch herangeholt werden. Wenn jeder als Mitglied seine Pflicht tut, wird das auch gelingen. Nachdem noch durch Kollegen Euler, Stiele und Jenz verschiedene dringliche Wünsche geäußert waren, wurde die gut besuchte Versammlung mit dem Wunsch eines guten Erfolges betreffs der Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage geschlossen.

Hannover. Am 17. Oktober tagte eine gut besuchte Mitglieder-versammlung im Gewerkschaftshaus. Den Massenbericht vom 3. Quartal erstattete der Kollege Jürgens. Die Einnahmen inklusive Kassenbestand betragen 3345,75 Mk.; die Ausgaben der Filialkassen 426,35 Mk. Im Auftrage der Hauptkasse wurden 310 Mk. Sterbeunterstützung und 239,50 Mk. Krankenunterstützung gezahlt. An den Verbandsvorstand sind zu senden 549,50 Mk. in Quittungen und 503,22 Mk. in bar; zusammen 1052,72 Mk. Der Kassenbestand beträgt 1466,68 Mk. Im Laufe des Quartals sind 38 männliche und 16 weibliche Mitglieder eingetreten und 10 männliche und 5 weibliche ausgetreten. Der Mitgliederbestand beträgt 242. Auf Antrag der Reduzierten wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt referierte der Kollege Wehner über die Lohnbewegung. Redner führte aus, daß die städtischen Arbeiter von den gewährten Teuerungszulagen arg enttäuscht sind. In Anbetracht der gewaltigen Teuerung sind die jetzigen Löhne völlig ungenügend, und die Forderung der Arbeiter, Erhöhung des Lohnes um 3 Mk. pro Tag, waren sehr bescheiden. Aber der Magistrat hat wiederum, den jetzigen Verhältnissen wenig entsprechend, die bestehenden Teuerungszulagen erhöht, und zwar für Unverheiratete von 12 Mk. auf 17,50 Mk., für Verheiratete von 20 Mk. auf 27,50 Mk. und die Kinderzulagen von 5 Mk. auf 12 Mk. pro Monat. Die unverheirateten Kollegen haben pro Monat 5,50 Mk. Zulage erhalten oder pro Tag 20 Pf. Aber auch für die Verheirateten sind die Zulagen zu gering. Die übrigen Forderungen: Bezahlung der Wochenfeiertage, Freigabe des Sonnabendnachmittags, hat man überhaupt nicht erwähnt. Sich mit Arbeiterangelegenheiten zu beschäftigen, hat man keine Zeit; der Mann hat nur Zeit zur Gründung der Vaterlandspartei; und mit Wert und Schweiß gegen die

Erweiterung der Volksrechte zu zernern. Der Herr fürchtet eben, daß sonst sein autoritäres Regiment zu Ende geht. Die Aussprache war sehr reg, und allgemein wurde betont, daß die Arbeiter durch die gemachten Zugeständnisse befriedigt sind. Es wurde beschlossen, die städtischen Arbeiter erneut zusammenzurufen, um über den Stand der Lohnfrage die Meinung der städtischen Arbeiter zu hören und den städtischen Kollegien davon Mitteilung zu machen. Eine Anzahl Neuaufnahmen war das Ergebnis dieser Versammlung.

Karlsruhe. Unterm 10. März hatte die Filiale eine Erhöhung des Lohnes für die Arbeiterinnen der Straßenreinigung beim Stadtrat beantragt. Derselbe lehnte den Antrag als solchen zwar ab, dagegen wurde die Betriebsleitung ermächtigt, in Fällen, in denen es notwendig und angebracht erscheint, den Lohn zu erhöhen. Das hatte zur Folge, daß die Arbeiterinnen der Straßenreinigung jetzt seit etwa Juli bereits alle den Lohn von 4,50 Mk. haben, der beantragt war. Vorher hatte der Lohn 4 Mk. betragen und vor der Eingabe im Sommer 1916, die für die Straßenreinigung von unserer Filiale eingereicht wurde, nur 3,50 und 3,80 Mk., er ist also binnen Jahresfrist um 70 Pf. bis 1 Mk. gestiegen. Das sollte die Arbeiterinnen der Straßenreinigung anerkennen und demgemäß treu zur Organisation stehen, sonst können auch wieder Zeiten kommen, wo es gerade so schnell mit dem Lohn abwärts geht.

Magdeburg. Schon lange hatten die städtischen Arbeiter eine Neuorganisation ihrer nicht mehr zeitgemäßen Löhne gefordert. Endlich hat man dem Drängen der Arbeiter Rechnung getragen und einer Erhöhung der Löhne zugestimmt. Gefordert wurde eine Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag. In einer Vorlage des Magistrats waren in allen Lohnklassen die Anfangslöhne um 50 Pf. und in den oberen Lohnklassen die Endlöhne um 60 Pf. bis 90 Pf. erhöht. Vertreter des Magistrats, die Betriebsleiter, die Arbeiterausschüsse und der Gauleiter haben sich in zwei Sitzungen mit der Magistratsvorlage beschäftigt. In diesen Sitzungen war nur eine unbeschränkte Verbesserung der Vorlage möglich. Alle Anfangslöhne wurden um 60 Pf. pro Tag erhöht. Den in den Verhandlungen getroffenen Abmachungen stimmten Magistrat und Stadtverordnetenkollegium zu. Die Lohnsätze gestalten sich jetzt wie folgt:

	Früherer Lohn		Jetziger Lohn	
	Anfangslohn Mk.	Endlohn Mk.	Anfangslohn Mk.	Endlohn Mk.
Lohnklasse I	1,70	2,30	2,30	3,—
" II	3,10	3,60	3,70	4,40
" III	3,40	4,—	4,—	4,70
" IV	3,50	4,20	4,10	4,90
" V	3,70	4,40	4,30	5,10
" VI	4,—	4,90	4,60	5,60
" VII	4,40	5,30	5,—	5,90
" VIII	4,50	5,40	5,10	6,—
" XI	4,90	5,80	5,40	6,40
" X	5,20	6,40	5,80	6,90

Ein Blick auf diese Lohnliste zeigt, daß die Zugeständnisse sehr minimale sind. Trotzdem ist gegen früher ein erheblicher Fortschritt erreicht. In den oberen Lohnklassen wurde der Höchstlohn erst nach 15, 17 und 21 Dienstjahren erreicht. Jetzt erreichen alle Lohnklassen den Höchstlohn bereits nach 11 Dienstjahren. Dieser Fortschritt war es auch, der die Arbeiterausschüsse und Verbandsvertreter leichter für die sonst unbefriedigenden Zugeständnisse stimmen ließ. Diese Lohnsätze gelten vom 1. Juli ab und werden den Arbeitern nachbezahlt. Dadurch wird die Mehrzahl der städtischen Arbeiter in die Lage versetzt, die Winterkartoffeln bezahlen zu können. Wegen die Lohnregulierungen früherer Jahre bedeutet die jetzige Lohnregulierung einen erheblichen Fortschritt. Die Zulagen sind wesentlich über das frühere Maß hinausgegangen. Hierbei ist aber zu beachten, daß die jetzige Zeit mit den früheren Zeiten gar nicht zu vergleichen ist. Aber noch eins verdient hervorgehoben zu werden. Während man früher die Löhne regulierte, ohne die Arbeiter zu befragen, hat man jetzt nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Betriebsleitung zur Beratung und Regelung der Löhne mit herangezogen.

Münster. Am 20. Oktober fand im "Livoli" eine von 150 Personen besuchte Versammlung des Artilleriedepots statt. In dieser Versammlung gab der Arbeiterausschuß einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Löhne auf dem Artilleriedepot denen der übrigen Marinebetriebe zurückstehen. Der Arbeiterausschuß hat in mehreren Sitzungen dementsprechende Anträge auf Lohnerhöhung bzw. Gleichstellung mit den übrigen Marinebetrieben gefordert. Einer Prüfung unserer Anträge ist von Seiten der Behörde entsprochen worden. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion. Alle Redner waren sich darin einig, daß die Löhne auf dem Artilleriedepot unbedingt einer Verbesserung bedürfen. Kollege Vost forderte die Anwesenden auf, treu zur Organisation zu stehen, denn nur durch die Geschlossenheit ist etwas zu erreichen. Jeder hat dafür zu sorgen, daß die uns noch Fernstehenden sich uns anschließen; jeder hat mitzuarbeiten für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Vor-

stehende forderte die anwesenden Unorganisierten auf, in die Organisation einzutreten. 30 Mitglieder wurden gewonnen.

Straubing. Den städtischen Arbeitern in Straubing werden seit längerer Zeit Feuererzeugnisse gewährt. Man beschloß eine tägliche Zulage von 60, 70 oder 80 Pf. pro Arbeiter zu gewähren. Die meisten der städtischen Arbeiter fallen unter den Betrag von 60 Pf. Diese 80 Pf. stehen aber auf dem Papier, denn die Arbeiter erhalten nur 50 Pf. Sie haben von den ihnen als Feuererzeugnisse zugewilligten 80 Pf. 20 Pf. an die städtische Volksschule abzugeben; wo die anderen 10 Pf. hinführen, kommen die Arbeiter überhaupt nicht erklären. Diese Art der Feuererzeugnisse dürfte in ganz Deutschland wohl einzig dastehen. Warum müssen die Arbeiter bei dieser Feuerung und bei den schandvollen niedrigen Löhnen, wie sie Straubing noch bezahlt, sich den Abzug gefallen lassen? Warum müssen die städtischen Arbeiter, die selbst die Mittel notwendiger brauchen könnten als die Volksschulbesitzer, einen solchen zwangsweisen Unterhalt zu den städtischen Volksschulen beitragen? Das ist einfach unerhört und empörend. Wie steht es übrigens mit dem besondern Wohlwollen der dortigen Stadtväter? Den Herren Beamten der Stadt Straubing gab man im August d. J. eine Feuererzeugnisse. Die Arbeiter vertröstete man auf eine Lohnerhöhung, die auch beschloss wurde. Bis heute erhielten diese Arbeiter eine Lohnerhöhung nicht. Den städtischen Schulreuten sagte der Raurat damals: Sie sollen ein Gehalt machen, aber nur 35 Pf. pro Stunde verlangen, dann könne er das Gehalt selbst aufstellen und beantworten. Die Schulreute glaubten aber, daß heute ein Stundenlohn von 40 Pf. nicht zu hoch erscheinen dürfte; sie liebten durch ihre Organisation auch diese Forderung stellen. Nun erhielten sie statt der gewünschten 40 Pf. nur 33 Pf. pro Stunde. Also, der Stundenlohn wurde nicht einmal auf 35 Pf. erhöht, wie sie der Raurat vertreten wollte. Geht es so weiter, so braucht man sich im Straubinger Rathaus wirklich nicht wundern, wenn die dortige Verwaltung einmal vor das Kriegsamt geladen wird, um bessere Löhne zu erzielen.

Wiesbaden. Am 13. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Schmidt die Abrechnungen des 2. und 3. Quartals bekanntgab. Im 2. Quartal wurden für Unterstützungszwecke 1110,75 Mk. ausgegeben; gewiß ein Zeichen des Krieges, eine Folge der Unterernährung, welche häufige und längere Krankheiten hervorruft. Die Abrechnung ergab folgendes Bild: Einnahme inkl. Massenbeitrag vom 2. Quartal 1056 Mk., an den Hauptvorstand gingen in Leistungen 427,50 Mk., in bar 169,72 Mk.; bleiben in der Kasse 256,56 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 165. Die Einnahmen des 3. Quartals betragen 3705,94 Mk., die Verwaltungsausgaben 206,26 Mk.; an den Hauptvorstand wurden gezahlt in Leistungen 1110,75 Mk., welche für Kranken- und Sterbeunterstützung zu verwenden waren; es bleibt in der Kasse ein Bestand von 2389,93 Mk. Die Mitgliederzahl betrug 165 (zahlende 141); dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt, sodann einem Antrag durch Abstimmung entprochen, den Kassiereramt anstatt 8 Proz. jetzt 10 Proz. Vergütung zu gewähren. — Unsere Kasse hielt am 15. Oktober eine gut besuchte Versammlung der bei der Stadt beschäftigten Frauen im „Gewerkschaftsraum“ ab. Kollege Hildebrandt a. R. schilderte die schlechten Löhne, die heute noch bei aller Feuerung von der Stadt Wiesbaden an die Putzfrauen und andere weibliche Arbeiterinnen gezahlt werden. Sie sind aber selbst mit schuld, wenn sich die Verhältnisse nicht gebessert haben. Schon einmal ist man im Jahre 1910 an die Frauen herangetreten, um ihre Lage zu verbessern und sich zu organisieren, aber nur wenige sind dem Aufse gefolgt, infolgedessen sind auch alle Eingaben und Aufbesserungen der Löhne nicht genügend gewürdigt worden, denn es ist Vorbedingung, wenn man seine Lage verbessern will, sich zu einem Gange zusammenzuschließen. Dem Aufse folgte eine ganze Anzahl Frauen; 37 Neuaufnahmen waren zu verzeichnen. Ein Zeichen, daß auch bei den Frauen der Gedanke der Zusammengehörigkeit Platz greift. In der Diskussion kamen besonders die schlechten Löhne zur Sprache, die wahre Hungerlöhne zu nennen seien. Es wurde daher beschlossen, durch den Verband eine Eingabe um Erhöhung der Löhne an Magistrat und Stadtverordnete zu richten. Seit einer Mahnung an die Frauen, nun auch treue Verbandsmittler zu bleiben und rege Agitation zur Stärkung des Verbandes zu treiben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Zweibrücken i. d. Pf. Am 7. Mai wurde von der Kasse eine Eingabe um eine Lohnerhöhung von 1 Mk. täglich eingereicht. Durch Stadtratsbeschluss vom 25. Juni wurden die Löhne mit Wirkung vom gleichen Tage ab um 20, 30 und 40 Pf. erhöht; nachträglich wurden für einige Arbeiter Erhöhungen auf 60 Pf. vorgenommen. Die Arbeiterinnen erhielten ebenfalls Zulagen von 20 und 30 Pf. Da im Mai 1915 eine Feuererzeugnisse von 35 Pf., am 18. August 1916 mit Wirkung vom 1. Juli 1916 weitere 15 Pf., zusammen 50 Pf. Feuererzeugnisse pro Tag gegeben werden, beträgt die gesamte Erhöhung seit Kriegsbeginn etwa 90 Pf. bis 1,10 Mk. täglich. Dies kann natürlich ungenügend genügen, und deshalb ist den Kollegen in Zweibrücken zu raten, sich noch härter der Organisation anzuschließen, dann werden auch weitere Erfolge möglich sein. Die Bezüge der Kriegerfrauen wurden von 3,80 Mk. auf 4 Mk. täglich, also um 20 Pf. erhöht, die Reichsunterstützung ist darin eingeschlossen.

Rundschau

Verhütung von Notstand bei Friedensschluß. Der Moment des Friedensschlusses bringt, so heiß er von allen Schichten der Bevölkerung ersehnt wird, die schwerste Sorge im Besonderen: Wie kann die Klasse der Heimkehrenden wieder in das Wirtschaftsleben übergeführt werden. Wie ist zu verhindern, daß nicht die schwerste Notlage durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Bekleidungs-, Nahrungsmittelnot sofort eintritt? Und nicht nur einfach die Verhütung der Not durch Notstandsarbeiten ist zu erstreben, sondern darauf zu sehen, daß die zur Verfügung frei werdenden Kräfte der produktiven, neuen Werte schaffenden Arbeit zugeführt werden und dadurch zur Hebung der deutschen Volkswirtschaft beitragen. Manderlei Wege dahin sind vorgeschlagen, vielerlei Programme sind ausgearbeitet worden oder befinden sich in Vorbereitung. All diese Teilprogramme zusammenzufassen zu einem umfassenden Arbeitsplan, das hat sich der in einer von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung einberufenen Versammlung gegründete Arbeiterausschuß vorgenommen, der nicht ein weiterer Verein, sondern die Zentrale des Zusammenwirkens aller in diesen Fragen beschäftigten Organisationen und Personen sein wird und dessen Tätigkeit etwa einer erweiterten Arbeit des Bureaus für Sozialpolitik gleichkommt. Die Umgrenzung sowohl wie die volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Richtlinien dieses bürgerlichen Mobilisierungsplans ist eine Arbeit, deren Bedeutung die Gewerkschaften nicht allein schon frühzeitig erkannten, sondern für die sie auch schon wichtige Vorarbeit geleistet haben, wie in der erwähnten Versammlung von Umbreit auseinandergesetzt wurde. In erster Linie liegt die Aufgabe, Vorkehrungen zur Verhütung des Notstandes zu treffen, dem Reiche ob. Der gegründete Arbeiterausschuß soll vor allem die Antriebskraft für sämtliche Behörden und bürgerliche Verwaltungen bilden und darauf hinwirken, daß die vorgeschlagenen vorzuziehenden Maßnahmen keinen Tag länger aufgeschoben werden. Wenn auch Umbreit von der Heberführung der Kriegseinschneider in das Wirtschaftsleben in erster Linie verlangte, daß sie vom Gesichtspunkte der werteschaffenden Wirtschaftsweise geleitet sein müßte, so meinte er doch, daß die unproduktiven, nur zur Versorgung Arbeitssuchender in Angriff genommenen Notstandsaktionen nicht zu umgehen sein werden, ebenso wie die Arbeitslosenjurisprudenz, die von den Gemeinden nicht, wie am Anfang des Krieges vielfach, einfach den Gewerkschaften überlassen bleiben dürfte. In der Kritik der Säumnigkeit der Behörden wurde Umbreit von den anderen Rednern auf der Konferenz unterteilt. So behauptete der die spezielle Großstadtprobleme behandelnde Schönberger Stadtrat Licht die Frage der zweifellos eintretenden großen Wohnungsnot als in ihrer Lösung abhängig von den allgemeinen inneren Reformen und erklärte schon um dieser Lösung willen die preussische Wahlreform als nicht mehr eine Stunde aufschiebbar. Breiten Raum nahm in den Verhandlungen überhaupt die Wohnungsfrage ein, die der auf diesem Gebiet bekannte Ackmann Dr. Kuczynski eingehend, auf Grund des umfangreichen ihm zu Gebote stehenden Materials erörterte und dabei zu ersten Forderungen kam. Außerdem schilderte Raurat Verharb die Ansichten des Wohnungsbauwes als recht ungünstig. Darnach verlangte, daß die Errichtung von Kriegerheimstätten allen anderen Bauten voranzugehen solle. Heber sprachliche Aufträge an die Frauen als Notstandsaktion sprach Dr. Käthe Gaebele, währenddem die großen wesentlichen Linien des ganzen Arbeitsprogramms von Professor Wilbrandt, Regierungsrat Feig vom statistischen Amt und dem Ministerialdirektor a. D. Thiel dargelegt wurden. Die schlimme Notlage der 8-10 Millionen Zurückgebliebenen zu verhüten, außerdem durch Kanalbau, Intensivierung der Landwirtschaft, Wiederauffüllung des verödeten Marktes trotz anfänglich nicht zu umgehenden Rohstoffmangels, die Wiederinstandsetzung aller heruntergewirtschafteten Transportmittel, Pauten usw. belebend, nicht belastend auf die Volkswirtschaft zu wirken, dazu bedarf es nach den Ausführungen der Redner keiner Willeddspolitik, sondern nur einer vernünftigen, die alte Welt des Eigenen überwindenden Sozialpolitik.

Ein Aufruf an die Bevölkerung. Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat an alle Preisprüfungsstellen folgenden Aufruf gerichtet: Wie vor Jahr und Tag der Meistenhandels so ist jetzt der Schleichhandel in den Mittelpunkt aller Kriegswirtschaftlichen Störungen und Gefahren gerückt. Es ist die größte Volkssünde dieses Weltkrieges geworden. Er stellt den mit der Heberwachung des Lebensmittelverkehrs und mit der Verhinderung kriegswirtschaftlicher Hebertretungen betrauten Preisprüfungsstellen wichtige Aufgaben. Der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts ist es für ihre ständigen Arbeiten zur Verfolgung von Schleichhandelsfällen und zur gründlichen Bekämpfung dieser Erscheinung dringend notwendig, über alle Beobachtungen und Vorkläge auf diesem Gebiete, die in der praktischen Arbeit und Beratung der Preisprüfungsstellen zutage treten, soich und genau unterrichtet zu werden. Wir bitten alle Organisationen und Personen, die darüber Material zur Verfügung stellen können, dieses unverzüglich einzugeben. Einschlägige Maßnahmen und Vorkläge werden sich beziehen können sowohl auf die Kontrolle des Lebensmittelverkehrs zur Verhütung und Er-

Fassung des Schleichhandels im Laden, auf dem Versand, im Angebot der Annoncen, beim Erzeuger, Zwischenhändler und Verbraucher. Sie können sich ferner auf Gedanken über die wirkungsvollsten polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen beziehen. Sie können die Erfahrungen der öffentlichen Bewirtschaftung und des privaten Handels betreffen, die Handelsformen, Personentreife, Etabliche und Läden, Preise und Handelsmethoden des Schleichhandels. Jede Einzelheit ist wichtig. Die ganze Masse der Erfahrungen muß verwertet werden."

Weitere Preissteigerungen! Auf dem Lebensmittelmarkt bereitet sich wieder eine Steigerung der Preise fast aller notwendigen Gebrauchsartikel vor. Die Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise und die Weitergewährung der Frühbruschkarte von 60 Pf. für die Tonne haben natürlich zur Folge, daß dieser erhöhte Preis in einem Aufschlag der Brotpreise den Konsumenten zum Bewußtsein kommen wird. Die weitere Folge ist, daß, da auch für Eier und Getreide die gleiche Begünstigung dem Landwirte geboten ist, für Graupen, Gerst und Feigwaren die Preise entsprechend erhöht werden. Die Kartoffelpreise erhöhen sich von 4 Mk. im vorigen Jahr auf 5 und 6 Mk. für den Erzeuger, dazu traten ähnlich wie beim Roggen noch besondere Aufschläge für die Mengen, die bis zum 15. Dezember abgeliefert werden, so daß mit einem Kleinhandelspreis von 9-10 Mk. und darüber pro Zentner zu rechnen ist. Erhöht werden die Preise für Butter, für Jäger, und dazu kommt die hohe Preisstufe für Gemüse, Konserven, kurz, der ganze Haushalt hat abermals mit einer sehr unangenehmen Steigerung der Ausgabe zu rechnen. Diese Preissteigerungen sind trotz aller sehr energischen Einwände von sozialdemokratischer Seite immer wieder im Kriegsernährungsamt zum Durchbruch gekommen, wie sehen mit einiger Besorgnis dem Zustand entgegen, der sich im Haushalt der Kinderbewittelten einstellen muß. Dieser Zustand ist unhaltbar, es muß zugunsten der Kinderbewittelten eine Unterstützung der Unterstufe einleiten, die die Konsumfähigkeit der ärmeren Volksschichten aufrechterhält. Da den Preistreibern von der Regierung kein Widerstand geboten wird, so müssen wir mit aller Entschiedenheit fordern, daß die Regierung den Weg wählt, den bereits andere Staaten beschritten haben, und zwar müssen die Preise für die minderbemittelten Volksschichten durch Beihilfen, die der Staat gewährt, herabgedrückt werden. Dabei ist die Form der Unterstützung abzulehnen, wonach aus öffentlichen Fonds an die Kinderbewittelten doch im wesentlichen in der Form von Almosen Zuwendungen gemacht werden, sondern es muß durch direkte Subvention eine Herabsetzung der Preise herbeigeführt werden.

Kündigung von Pachtverträgen und Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten. Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, daß, soweit für die Mündigung wichtige Gründe nicht vorliegen, Pachtverträge über früher brachliegende Grundstücke, die in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern zwecks gärtnerischer Nutzung verpachtet werden, vom Verpächter nicht gekündigt werden dürfen. Ist die Pachtbauer abgelaufen, so ist auf Wunsch des Pächters das Pachtverhältnis zu erneuern. Die untere Verwaltungsbehörde entscheidet über Streitigkeiten, die aus Anlaß dieser Vorschriften entstehen, endgültig unter Ausschluß des Rechtsweges. Die Verordnung wird verhindern, daß demjenigen, der durch seine Hände Arbeit ein Stück Boden erwerbend gemacht hat, dieses aus eigennütigen Beweggründen wieder entzogen wird. Wiederholt haben Eigentümer ehemals brachliegender Ländereien in Städten, nachdem diese Ländereien mühevoll von kleinen Pächtern zur gärtnerischen Nutzung geeignet gemacht worden waren, das Pachtverhältnis gekündigt, um den kultivierten Boden gegen höhere Entschädigung anderweitig zu verpachten. Unberechtigten Pachtpreiserhöhungen wird zwar durch Anwendung der Bundesratsverordnung über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten vom 4. April 1916 entgegengewirkt werden können. Trotzdem werden vielfach Personen um die Früchte ihrer Arbeit gebracht, wenn der Verpächter ihnen die weitere Nutzung nicht überlassen will, sondern aus irgendwelchen Gründen andere Pächter an die Stelle der bisherigen zu setzen wünscht. Die Verordnungen enthalten also insofern eine Lücke. Um sie zu schließen, war eine Vorrichtung nötig, nach der der Pächter verlangen kann, daß ihm die Pachtung belassen wird, ohne daß diese Festimmung der Preisgestaltung im Rahmen der Verordnung vom 4. April 1916 für das etwa erneuerte Pachtverhältnis vorgeht.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die jetzt heranrückende Obstpflanzzeit gibt uns Veranlassung, unsere Leser auf folgendes hinzuweisen. Wie überall, so drängt auch im Obstbau die jetzige Wirtschaftsweise auf baldigen Ertrag bei möglichst einfacher und geringer Arbeit. Eine Anleitung über das Pflanzen, die Pflege usw., sowie eine allgemeine Aufklärung über die Vorzüge und das Wesen des Kirschbaumes werden jetzt in einer Reihe von Aufsätzen veröffentlicht, die in der bekannten guten Obst- und Gartenbau Zeitschrift „Haus, Garten, Feld“ (Zustiftung, französische Verlagsabteilung), vierteljährlich 6 Hefen; Vierteljahrspreis 1 Mk. erscheint.

Mitte November erscheint: Notiz-Kalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter

1918

Preis 1,50 Mark, für Mitglieder 90 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Geleitwort. Vom Verbandsvorsitzenden Richard Heckmann — Der Verband im Kriegsjahr 1916 — Tabellen über Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen — Der Verband im Rahmen der freien Gewerkschaften — Bevölkerungspolitik, Mutterschutz und Säuglingsfürsorge — Der Kleingartenbesitzer (Anleitung für den Anbau).

Beilage: Karte von Deutschland (dreifarbig) mit Gauerteilung des Verbandes.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Verbandsvorstand.

• Briefkasten •

Zur gest. Beachtung! Wegen Raummangels mußten verschiedene Notizen „Aus unserer Bewegung“ zurückgestellt werden.

Totenliste des Verbandes.

Johann Bergler, Fürth Streckenwärter † 26. 9. 1917, 67 Jahre alt.	Wilhelm Knaier, Hannover Arbeiter † 16. 10. 1917, 46 Jahre alt.
Heinrich von Elm, Hamburg Baudeputation † 18. 10. 1917, 69 Jahre alt.	Michael Kröhl, Mainz Bureauarbeiter † 17. 10. 1917, 65 Jahre alt.
Friedrich Härtlein, Fürth Streckenwärter † 20. 10. 1917, 67 Jahre alt.	W. Neumann, Hamburg Proviantamt † 17. 10. 1917, 67 Jahre alt.
Sebastian Hecker, München Invalide † 20. 10. 1917, 63 Jahre alt.	M. Scherpf, Ludwigshafen Städtischer Arbeiter † 4. 10. 1917, 57 Jahre alt.
Otto Daniel, Berlin Kanalarbeiter † 24. 10. 1917, 57 Jahre alt.	Josef Schrader, Linden Verarbeiter † 10. 10. 1917, 56 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

W. Ahrens, Hannover am 8. August 1917 im Alter von 30 Jahren gefallen.	Michael Monier, Freising am 13. September 1917 im Alter von 40 Jahren i. Felde gestorben.
Wilhelm Gosenhthal, Lehe am 20. September 1917 im Alter von 43 Jahren gefallen.	W. Neumeier, München am 12. Oktober 1917 im Alter von 23 Jahren gefallen.
Reinhold Egel, Berlin am 19. August 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen.	Franz Reinhardt, Hamburg am 17. Oktober 1917 i. Alter von 38 Jahren i. Lazarett gestorben.
Bruno Flügel, Dresden am 1. Oktober 1917 im Alter von 29 Jahren gefallen.	G. Steels, Frankfurt a. M. am 16. Mai 1917 im Alter von 29 Jahren gefallen.
Julius Lorenzen, Kiel im Alter von 29 Jahren gefallen.	Heinrich Thilo, Hamburg am 2. Oktober 1917 im Alter von 31 Jahren i. Lazarett gestorben.

Ehre ihrem Andenken!